

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 848 ppbn d

## Inhalt

Prof. Dr. Ingomar Hauchler  
MdB plädiert für die Ent-  
wicklungspartnerschaft zwi-  
schen Nord und Süd: Den  
Weltfrieden dauerhaft her-  
stellen.

Seite 1

Willibald Moser MdL weist  
auf die nachteilige Wirkung  
der Stoltenbergischen Steuer-  
politik auf die strukturschwachen  
Gebiete hin: Hände weg  
vom bayerischen Grenzland.

Seite 4

Gerd Walter MdEP beglück-  
wünscht Hellmut Siegler-  
schmidt zum 70. Geburtstag:  
Gute Ratschläge für Europa.

Seite 5

42. Jahrgang / 199

19. Oktober 1987

Den Weltfrieden dauerhaft herstellen

Ein Plädoyer für die Entwicklungspartnerschaft zwischen Nord und Süd

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammen-  
arbeit

Die bisher größte Probe menschlicher Freiheit ist die Aufgabe, von zwischenmenschlicher Ethik zu globaler Verantwortung voranzuschreiten. Dieser Gedanke ist die Quintessenz des Vortrages, den der Philosoph Hans Jonas bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels gehalten hat. Von zwischenmenschlicher Ethik zu globaler Verantwortung! Sind wir uns bewußt, daß Wissenschaft, Technik und Wirtschaft heute weltweit verflochten sind? Haben wir begriffen, daß sich das Schicksal früher weit entfernter Länder immer mehr verknüpft? Werden wir schnell genug Vorsorge treffen, damit Gefahren, die vom Menschen und seiner Technik selbst ausgehen und die nun weltweit den Menschen selbst bedrohen, abgewendet werden?

Welche Gefahren? Neben den ökologischen und gentechnologischen Risiken geht es um die mögliche atomare Vernichtung allen Lebens und die drohende Verelendung von Milliarden von Menschen im Süden dieser Erde. Vor diesem Hintergrund steht das „Zukunftsprogramm Dritte Welt“ der SPD. Wir haben dazu aufgefordert, durch Abrüstung frei werdende Mittel für die Entwicklung in der Dritten Welt bereitzustellen. Ein von Ost und West finanzierter, von Nord und Süd gemeinsam verwalteter internationaler Solidaritätsfonds soll Zuschüsse zur Sicherung der Grundbedürfnisse, zur Verbesserung der weltwirtschaftlichen Position und zur Erleichterung des Schuldendienstes der Entwicklungsländer geben.

Diese Mittel sollen das bisher für die Dritte Welt zur Verfügung stehende Finanzvolumen beträchtlich erhöhen. Eine Einschränkung der Rüstungsausgaben in Ost und West um nur fünf Prozent entspricht 35 Milliarden Dollar. Das ist knapp die Summe, auf die sich heute die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe beläuft.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verlagsgüter-Druck  
aus wertvollen Recycling-  
Papier



Wir fordern die Bundesregierung auf, die politische Initiative für einen solchen internationalen Solidaritätsfonds zu ergreifen und aus Einsparungen im Verteidigungshaushalt zunächst eine Milliarde Mark als finanziellen Grundstock zur Verfügung zu stellen. Planung und Kontrolle des Mitteleinsatzes soll keiner neuen Bürokratie, sondern bestehenden Sonderorganisationen der Vereinten Nationen übertragen werden. Diese sollen sich unter anderem der bestehenden Entwicklungsbanken bedienen können.

Wir wissen aus Gesprächen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von SPD und KPdSU, daß die Sowjetunion positiv zu einem internationalen Solidaritätsfonds für die Dritte Welt steht. Hier eröffnet sich ein wichtiges Feld gemeinsamen Handelns von Ost und West. Wenn wir im Norden hier eine gemeinsame Verantwortung für den Süden wahrnehmen, helfen wir damit nicht nur der Dritten Welt. Ost und West tun damit über das gemeinsame Interesse an der Kriegsverhinderung hinaus einen entscheidenden Schritt zu globaler Zusammenarbeit, Vertrauensbildung und Entspannung. Egon Bahr und Anatolij Dobrynin haben in diesem Sinne vor wenigen Tagen die Öffentlichkeit unterrichtet. Ob die Bundesregierung, wie wir es wünschen, unser Konzept aufgreift oder nicht: Die SPD wird diesen Plan jedenfalls international weiter verfolgen. Wir befinden uns damit auch in Übereinstimmung mit der UNO-Konferenz „Abrüstung und Entwicklung“ vom August dieses Jahres.

Nun lehnen es einige Sprecher des konservativen Lagers ab, Abrüstung und Entwicklung in einen inhaltlichen und finanziellen Zusammenhang zu bringen. Andere, die sich gerade in der Entwicklungspolitik stark engagieren, stellen die Frage: Soll dieser neue Fonds etwa ein Ersatz für bisherige Formen der Finanzierung sein? Und: Was kann denn zusätzliches Geld in der Entwicklungspolitik überhaupt bewirken?

Dazu ist festzustellen:

1. Es besteht ein eindeutiger politischer Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung. Abrüstung und Entwicklung sind quasi nur zwei Seiten einer Münze, die Frieden heißt. So wie die Abrüstung dem Abbau von militärischem Vernichtungspotential dient, so dient Entwicklung dem Abbau sozialen und politischen Konfliktpotentials.

Und wie wir im Bewußtsein der gemeinsamen atomaren Bedrohung in Ost und West erkannt haben, daß nicht Aufrüstung, sondern nur Sicherheitspartnerschaft weiterhilft, so müssen wir erkennen, daß es zwischen Nord und Süd zur Entwicklungspartnerschaft kommen muß, wenn der Friede gesichert werden soll.

Nur so werden wir unseren Kindern und Kindeskindern blutige Verteilungskämpfe um die begrenzten Ressourcen dieser Erde ersparen können. Nur so können wir vermeiden, daß die Verelendung im Süden gefährlich auf uns zurückwirkt.

Wie wir Sozialdemokraten seit Jahren für die Sicherheitspartnerschaft eingetreten sind, so wollen wir uns mit Nachdruck auch für eine Entwicklungspartnerschaft einsetzen.

2. Es besteht auch ein wichtiger ökonomischer und finanzieller Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung. Oder will jemand ernsthaft behaupten, die 1.000 Milliarden Dollar, die jährlich für Rüstung ausgegeben werden, könnten nicht besser im eigenen Land und zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Unwissenheit in der Dritten Welt eingesetzt werden? Und wer will bestreiten, daß die Produktion von Waffen unproduktiv, der Bau von Werkstätten und Schulen und die Ausbildung junger Menschen aber produktiv ist? Warum also nicht wirklich Butter statt Kanonen - oder mit anderen Worten: Entwicklung ermöglichen durch konsequente Abrüstung?
3. Der internationale Solidaritätsfonds soll selbstverständlich nicht die Formen der herkömmlichen Entwicklungsfinanzierung ersetzen. Er soll vielmehr zusätzliches Kapital mobilisieren.



Wo dies nicht bald über Mittel aus der Abrüstung gelingt, muß über andere Formen der Finanzierung verhandelt werden. Der Gedanke des Fonds hängt ja nicht allein am Faden der Abrüstung!

Natürlich darf niemand mit dem Blick auf die mögliche Abrüstung andere bestehende Finanzquellen austrocknen. In diesem Zusammenhang kritisieren wir Sozialdemokraten, daß der Haushalt des Entwicklungsministers 1988 stagniert und - berücksichtigt man steigende Zins- und Tilgungsleistungen der Entwicklungsländer - die Nettoleistung der Bundesrepublik an die Dritte Welt zurückgeht.

Wir fordern, neben anderen Vorschlägen, daß die Rückflüsse aus den Entwicklungsländern wieder für entwicklungspolitische Zwecke eingesetzt werden. Es ist ein Skandal, daß einige Entwicklungsländer schon in den nächsten Jahren mehr an uns zurückzahlen müssen, als sie erhalten.

4. Mehr Geld für die Entwicklungsländer löst natürlich nicht alle Probleme. Geld ist zwar keine hinreichende Bedingung, aber doch eine notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Entscheidend ist, wie zusätzliches Kapital eingesetzt wird. Und hier kommt es in Zukunft vor allem darauf an, alle Produktionsfaktoren - neben Sachkapital also Arbeit, Wissen, Technologie, Sozial- und Infrastruktur - gleichgewichtig zu fördern.

Nur wenn Menschen satt, gesund, gebildet und ausgebildet sind, können sie qualifiziert arbeiten und moderne Technologie nutzen, um ihre Binnenwirtschaft zu stärken und am Weltmarkt zu konkurrieren. Die nötige Investition in qualifizierte Arbeit bedarf aber eines Mehrfachen des Kapitals, das bis jetzt über bilaterale und multilaterale Hilfe zur Verfügung steht. Nicht zuletzt kann der Solidaritätsfonds eingesetzt werden, um für besonders betroffene Länder den Schuldendienst zu senken oder entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu strecken.

Das Zukunftsprogramm Dritte Welt stellt zwischen Abrüstung und Entwicklung den faktisch gegebenen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang her.

Es ermöglicht, jene quantitative und qualitative Dimension der Entwicklungspolitik zu erreichen, die unverzichtbar ist, um der Dritten Welt wirklich zu helfen - nicht durch kapitalintensive Großprojekte, sondern durch eine breite Offensive qualifizierten Arbeitens und Lernens.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab der Marshallplan einen wichtigen Impuls für den Wiederaufbau Europas und den Aufschwung der Weltwirtschaft. Die Bundesrepublik hat davon profitiert. Wäre es nicht an der Zeit, heute, da wir reich geworden sind, einen Solidarpakt gegen die weltweite Armut zu schließen?

Ich will mit einem weiteren Wort des Friedenspreisträgers Hans Jonas schließen. Er sagte: „Schritthaltend mit den Taten unserer Macht reicht unsere Pflicht jetzt über den ganzen Erdkreis und in die ferne Zukunft.“  
(-/19.10.1987/vo-he/rs)



## Hände weg vom bayerischen Grenzland

Stoltenbergsche Steuerreformpläne schränken Förderung strukturschwacher Gebiete ein

Von Willibald Moser MdL

Grenzlandpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Es ist bestürzend, daß Bundesfinanzminister Stoltenberg mit seinen Plänen zur Steuerreform nicht nur die einkommenschwachen Bürger schröpfen will, sondern auch das Grenzland einen Blutzoll entrichten muß, um das angebliche „Jahrhundertwerk“ der Bonner Koalition finanzieren zu können. Deshalb fordert jetzt die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag die Bayerische Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag dazu auf, entschieden allen Bestrebungen der Bundesregierung zur Finanzierung der Steuerreform entgegenzutreten, die eine Einschränkung der Grenzlandförderung zur Folge haben. Wir betonen: Hände weg vom Grenzland, der Subventionsabbau ist unerträglich!

Das bayerische Grenzland ist bereits jetzt das Waisenkind der wirtschaftlichen Konjunktur. Sollten die CDU/CSU/FDP-Pläne Realität werden, dann wird es noch weiter abgehängt. Es ist skandalös und schamlos, die Einsparungen bei der Grenzlandförderung zur Finanzierung der Steuer-senkungspläne zu verwenden. Entlastend wirken die Stoltenberg-Pläne im Grenzland andererseits nicht, weil sie an Einkommenshöhen ansetzen, die in dieser Region kaum vorhanden sind. Also wirken sie sich in diesen strukturschwachen Gebieten katastrophal aus. Denn sie entziehen Bund, Ländern und Gemeinden die Mittel für eine aktive Struktur- und Beschäftigungspolitik.

Zusätzlich zu den bekannten Strukturproblemen sind bereits neue Entwicklungen wie die bedrohliche Situation in der mittleren Oberpfalz (Maxhütte) und die Stilllegungspläne der Bundesbahn beim Personenverkehr wie bei den Güterbahnhöfen hinzugekommen.

Das bayerische Grenzland ist also auf die Strukturhilfe angewiesen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Wachstums- und Einkommensdifferenzen, die sogenannte Disparitätenschere, zwischen dem Grenzland einerseits und Bayern insgesamt sowie der Bundesrepublik andererseits immer größer statt kleiner wird. Die Bundesregierung darf nicht zusehen, daß eine Region von der allgemeinen Entwicklung abgehängt wird. Hier muß die bayerische Staatsregierung mit ihrem neuen Bundesratsminister Waldenfels rechtzeitig gegensteuern. Auch der neue Vorsitzende des Staatssekretärs-ausschusses, Gebhard Glück, kann seinen kürzlich geäußerten Worten, er wolle nicht bequem sein, jetzt bereits Taten folgen lassen.

Die Grenzlandförderung darf nicht gekürzt werden. Hilfen für Kohle, Stahl und das Grenzland sind keine klassischen Subventionen, sondern Ausdruck nationaler Politik. (-/19.10.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



## Gute Ratschläge für Europa

Hellmut Sieglerschmidt zum 70. Geburtstag

Von Gerd Walter MdEP  
Vorsitzender der SPD-Europa-Abgeordneten

An diesem Wochenende hat Hellmut Sieglerschmidt seinen 70. Geburtstag gefeiert. Ich bin versucht zu schreiben „schon“. Denn unser Freund und ehemaliger Parlamentskollege hat auch in seinem selbst gewählten Ruhestand die Lebendigkeit und Frische behalten, die ihn in all den Jahren im Deutschen Bundestag und schließlich im Europäischen Parlament ausgezeichnet hat.

Hellmut Sieglerschmidt war ein Europa-Abgeordneter aus Überzeugung und der Sache verbunden. Freilich ist er weiter ein gern gefragter Ratgeber der Deutschen Gruppe in der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments und dies gerade durch seinen Einsatz in der Europa-Union, wo er sich unter anderem als Initiator des Allparteien-Bündnisses für das Ausländer-Wahlrecht verdient gemacht hat.

Was in Hellmut Sieglerschmidts politischer Arbeit eine wichtige Antriebsfeder war und ist, ist seine Sehnsucht, mit dafür zu sorgen, daß Kriege in Europa endgültig der Vergangenheit angehören. Zwei Auszeichnungen markieren diesen Weg nach Europa: 1981 erhielt Helmut Sieglerschmidt vom französischen Staatspräsident als langjähriger Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe das Offizierskreuz der Ehrenlegion. Diese Auszeichnung nahm er glücklich als Ausdruck dafür entgegen, daß die „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschen und Franzosen nun endgültig überwunden ist. Und es schloß sich der Kreis: Rund 40 Jahre zuvor hatte der junge Hellmut seinen ersten Orden bekommen, das Eiserne Kreuz II. Klasse für seinen Einsatz im Frankreich-Feldzug.

Hellmut Sieglerschmidts Lebensspuren sind Stationen eines deutschen Schicksals. Der junge Berliner Unteroffizier wurde 1944 aus der Wehrmacht entlassen, weil der Stammbaum ihn plötzlich als nicht mehr „wehrwürdig“ erscheinen ließ. Aus Bydgoszcz (Bromberg) floh der Baukaufmann mit seiner Familie und mecklenburgische Parohim. Dort begann seine politische Laufbahn, seine aktive Mitarbeit am Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands. Für die Liberaldemokratische Partei der damaligen Sowjetischen Besatzungszone brachte er es bis zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Mecklenburgischen Landtag. 1947 floh er aus politischen Gründen.

Im Westen setzte er seine Arbeit - jetzt für die SPD - fort, für die er - wie man mit staunender Anerkennung alten Aufzeichnungen entnimmt - gleich im Landtagswahlkampf im Sauerland aktiv wurde. Es folgen Jahre als Redakteur bei der „Hannoverschen Presse“ und „Welt der Arbeit“. Niedersachsens Innenminister Richard Borowski holte ihn in sein Ministerium. Als Spezialist für Rechtsradikalismus arbeitete er dann im neugeschaffenen Bundesamt für Verfassungsschutz, das er dann verließ, weil die Amtsleitung einen Mitarbeiter deckte, der durch antisemitische Äußerungen „glänzte“. Bis er dann 1969 vom Berliner Abgeordnetenhaus in den Deutschen Bundestag entsandt wurde, brachte Hellmut Sieglerschmidt es bis zum Senatsrat (Staatssekretär) beim Senator für Wissenschaft und Kunst.

Wir jungen Abgeordneten haben von Hellmut Sieglerschmidt viel gelernt, als er zehn Jahre später bereits mit einiger Erfahrung aus dem „alten“ EP und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in das erste direktgewählte Europa-Parlament kam. Er hat die Arbeit in der Fraktion schon bald entscheidend geprägt. So wie er bereits seit 1972 als stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vor allem als Menschenrechtsexperte ausgewiesen hatte und zu Recht als Vater des Europäischen Abkommens über den Erwerb und Besitz von Handfeuerwaffen einen Namen gemacht hatte, setzte er auch im Europäischen Parlament beachtliche Akzente in der europäischen Rechtspolitik.



Als Obmann der Sozialistischen Fraktion im EP-Rechtausschuß brachte er vor allem das Institutionelle Recht der Europäischen Gemeinschaft voran und sorgte für einen Ausbau der Bürgerrechte. Im EG-Rechtssetzungsverfahren sicherte letztlich Hellmut Sieglerschmidt dem Europäischen Parlament das Konsultationsrecht. Er hat bedeutende Berichte über die Verantwortlichkeit des Europäischen Gerichtshofes bei der einheitlichen Anwendung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten und schließlich für die Einführung des ordnungsgemäßen Verfahrens der Mandatsprüfung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments vorgelegt. Mit Nachdruck beteiligte er sich an dem Bemühen um einen Arbeitsort aller Organe der Europäischen Gemeinschaft.

Auch nach seiner Tätigkeit im Europäischen Parlament ist Hellmut Sieglerschmidt wie schon geschildert, für die Mitbürger/innen aktiv. Im EP galt seine Aufmerksamkeit neben dem allgemeinen Aufenthaltsrecht auch dem allgemeinen Wahlrecht für EG-Bürger/innen. Erfolgreich war sein Drängen, daß die Europäische Gemeinschaft der Europäischen Menschenrechtskonvention beiträt. Wesentliche Fortschritte hat er für die Rechte der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden erstritten. Maßgeblich waren seine Anregungen für die Vereinheitlichung des Datenschutzes in der Europäischen Gemeinschaft.

Doch Hellmut Sieglerschmidt hat sich niemals auf die reine Rechts- und Institutionen-Politik beschränkt. Er war der erste Abgeordnete des Europäischen Parlaments, der in offizieller Funktion erste Verbindungen zu Ungarns Parlament anbahnte. Er hat außerdem in Berlin für die Sozialistische Fraktion ein viel beachtetes Kolloquium über „Die Rolle Europas zwischen den beiden Supermächten und die Europäische Gemeinschaft als Friedensfaktor in Europa“ veranstaltet.

Die Aufzählung der Verdienste Hellmut Sieglerschmidts muß an dieser Stelle lückenhaft bleiben. Es fehlen Schlaglichter auf sein Bemühen um ein Presserechtsrahmengesetz und sein Wirken als Synodaler der Evangelischen Kirche.

Wir wünschen Hellmut Sieglerschmidt und seiner Frau jedenfalls noch viele gute Jahre im Ruhestand, damit - unsere Selbstsucht wird Hellmut Sieglerschmidt verzeihen - er uns auch immer mal wieder einen guten Rat gibt, damit es voran geht in Europa. (-/19.10.1987/vo-hs/rs)

\* \* \*

